

Der Verlust der Vielfalt Die Corona-Proteste in Deutschland werden durch eine radikale Minderheit geprägt

Sophia Hunger, Teresa Völker und Daniel Saldivia Gonzatti

Summary: During the Corona protests in Germany in 2020, violent and confrontational forms of protest increased. The protests were strongly characterized by a general opposition to state measures, criticism of the system as well as conspiracy ideologies, and the greatest mobilization power came from the „Querdenker“ movement and far-right groups. The protests were increasingly disconnected from public opinion but became the mouthpiece of a radical minority.

Kurz gefasst: Im Laufe des Jahres 2020 nahmen bei den Corona-Protesten in Deutschland gewaltförmige und konfrontative Protestformen zu. Die Proteste wurden stark von einer Generalopposition gegenüber den staatlichen Maßnahmen, Systemkritik sowie Verschwörungsideologien geprägt. Die größte Mobilisierungskraft ging von der „Querdenker“-Bewegung und Rechtsaußen-Gruppierungen aus. Die Proteste bildeten zunehmend weniger die öffentliche Meinung ab, sondern wurden zu einem Sprachrohr einer radikalen Minderheit.

Politische Konflikte rund um die Corona-Pandemie spalten Politik und Gesellschaft: Während im letzten Jahr eine Mehrheit der Bürger*innen in Deutschland die Corona-Maßnahmen befürwortete oder gar deren Verschärfung forderte (einen genauen Einblick in die Haltungen bietet das Monitoring-Projekt COSMO 2021, das die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung mit mehreren wissenschaftlichen Einrichtungen verantwortet), lehnten andere das Infektionsschutzgesetz vehement ab und trugen ihren Unmut auf die Straße. Der bisherige Höhepunkt der Corona-Proteste war die Stürmung des Reichstagsgebäudes durch eine Gruppe Demonstrierender im August letzten Jahres.

Politische Polarisierung, also die zunehmende Spaltung der Gesellschaft entlang von Konfliktlinien, ist nicht erst durch Corona entstanden. Vergangene Krisen wie die Euro- oder die Flüchtlingskrise haben jedoch gezeigt, dass sie existierende Gräben in der Gesellschaft vertiefen und politischen Konflikt verstärken können – insbesondere dann, wenn die Zivilgesellschaft gespalten ist und sich soziale Bewegungen und Proteste radikalisierten.

Wie haben sich die Proteste seit Beginn der Pandemie im vergangenen Jahr entwickelt? Welche gesellschaftlichen Gruppen beteiligten sich daran? Welche Forderungen stellen sie? Kann eine Verhärtung oder gar eine Radikalisierung im Protestgeschehen festgestellt werden? Die Radikalisierung der Corona-Proteste untersuchen wir anhand von drei Anhaltspunkten, die sich in der Protest- und Bewegungsforschung etabliert haben: radikale Inhalte bei Forderungen, radikale Strategien in den Aktionsformen und die Dominanz von radikalen Akteur*innen in der Protestlandschaft. Unsere Daten stammen aus dem neuen WZB-Protest-Monitoring, das im Rahmen des Spitzenforschungsclusters Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung (MOTRA) unter der Leitung von Edgar Grande, Swen Hutter und Ruud Koopmans durchgeführt wird. Dafür wurden alle Protestereignisse der deutschen Corona-Proteste im Jahr 2020 in der Medienberichterstattung der „Süddeutschen Zeitung“ und der „Welt“ manuell identifiziert und ihre Merkmale erfasst.

Die Corona-Proteste waren nicht immer gleich dynamisch. Vielmehr lassen sich drei Hochphasen des Protestgeschehens ausmachen: direkt nach dem ersten Lockdown zwischen April und Juli, im Sommer und Frühherbst mit den niedrigen Infektionszahlen zwischen August und Oktober und nach der Einführung des „Lockdown light“ ab November. Der Blick auf die Zahl der Protestereignisse zeigt einen Rückgang der Aktivitäten im Sommer, der von einer neuen Hochphase ab August abgelöst wurde. In diese Phase fällt eine Reihe von Ereignissen, die von einem hohen medialen Interesse und öffentlichen Debatten begleitet wurden, wie etwa der bereits erwähnte Sturm auf den Reichstag. Die Anzahl der Teilnehmer*innen an den Großveranstaltungen in diesem Zeitraum, meist Demonstrationen, nahm im Vergleich zum Frühjahr deutlich zu. Dies war möglich, da die Auflagen für Demonstrationen aufgrund der niedrigeren Infektionszahlen gelockert wurden. Im Vergleich zu der Anzahl an Protestereignissen und zum An- und Abschwellen von früheren, vergleichbaren Protestbewegungen, wie zum Beispiel der Anti-Atomkraftbewegung, weisen die Corona-Proteste eine hohe Dichte innerhalb des relativ kurzen Zeitraums von einem Jahr auf. Die Corona-Proteste entfalteten somit eine starke Mobilisierungskraft, obwohl es sich um ein neues Protestthema und eine neue Konstellation an Akteur*innen handelte.

Doch welche Arten von Protest dominieren das Corona-Protestgeschehen? Die medial sichtbaren Aktionsformen setzen sich zum Großteil aus Demonstrationen, Kundgebungen und Ähnlichem zusammen. In der ersten Hochphase, direkt nach Ende des ersten Lockdowns, sowie zum Ende des Jahres verzeichnet unsere Datenerhebung besonders viele gewaltförmige Aktionen. Darunter fallen vor allem Angriffe aus rassistischer Gesinnung (z. B. gegen asiatisch aussehende Menschen), aber auch auf Presstteams, Politiker*innen und Polizist*innen, meist am Rande von Demonstrationen. Im August und September häuften sich Besetzungen, Protestcamps und Blockaden.

Welche Forderungen stellen die Protestteilnehmenden? Ein Blick auf die Medienebte zeigt, dass in allen Protestwellen vor allem Verschwörungserzählungen mit antidemokratischen und rassistischen Aussagen die Proteste dominierten. Dieses Themencluster umfasst Aussagen, die Covid-19 als Verschwörung sehen (oft auch in Verbindung mit der ursprünglich amerikanischen QAnon-Bewegung) oder auf rassistischen oder antisemitischen Überzeugungen fußen. Darüber hinaus bestimmte die „allgemeine Ablehnung der Corona-Politik“ die Corona-Proteste. Dazu zählt die Generalopposition gegenüber der staatlichen Bekämpfung der Corona-Pandemie, also die pauschale Ablehnung des Infektionsschutzgesetzes oder jeglicher Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Zusammen machen diese beiden Kategorien 78 Prozent aller Inhalte im Protestgeschehen aus. Die drittgrößte Kategorie waren Forderungen zum politischen System als Ganzem, von uns als „Systemfragen“ zusammengefasst (9,5 Prozent aller Inhalte). Dazu zählen der Wunsch nach dem Rücktritt der Bundesregierung und der Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung oder Vergleiche der Bundesrepublik mit einem Terrorregime oder des Infektionsschutzgesetzes mit einem „Ermächtigungsgesetz“.

Nur ein kleiner Teil der Forderungen der Protestierenden bezieht sich auf die Anpassung spezifischer politischer Maßnahmen (Grenzschließungen, Öffnungen, Veranstaltungen, Schulen). Auch konkrete Forderungen zu wirtschaftlichen und sozialen Aspekten der Corona-Krise (darunter fallen auch Solidaritätsdemos und kritische Stimmen zur Bildungspolitik) nahmen nur einen zweitrangigen, wenn nicht marginalen Raum auf der Straße ein. Ebenso gering ist der Anteil an Protesten, die mehr Maßnahmen und ein härteres Vorgehen fordern. Auch Gegenproteste zur Querdenker-Bewegung stellten nur einen kleinen Teil des Protestgeschehens dar. Dem Großteil der medial sichtbaren Forderungen der Corona-Proteste ging es somit um den Kern des politischen Systems – die Legitimität der Staatsgewalt. Der Widerstand gegen die Corona-Politik in der Protestarena war also vor allem durch radikale Forderungen und Systemfragen geprägt.



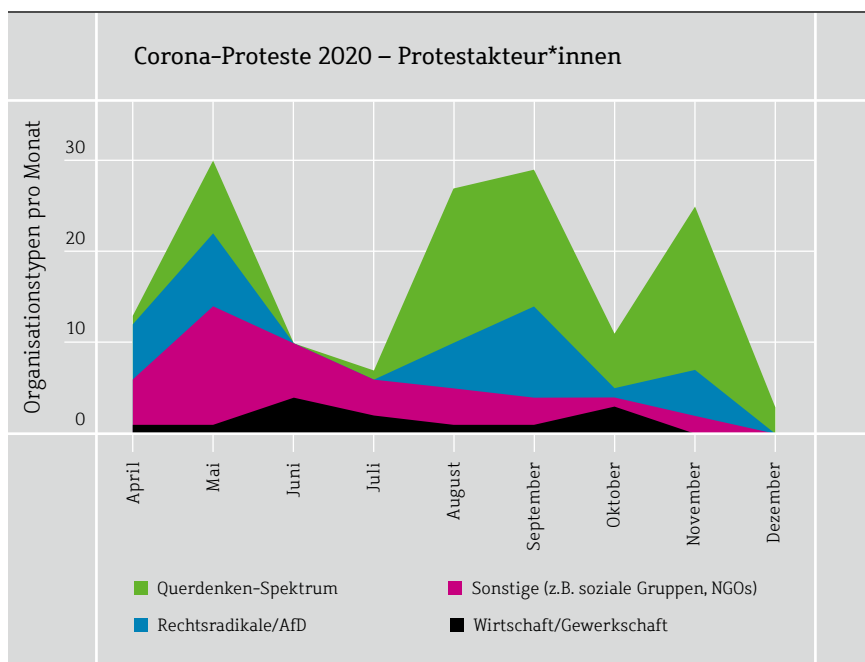
Sophia Hunger ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung und eingebunden in ein Forschungsprojekt zu Protest und politischer Radikalisierung in Deutschland.
(Foto: Martina Sander)

sophia.hunger@wzb.eu



Teresa Völker arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung im Forschungsprojekt „Politischer Protest und Radikalisierung“ (Protest Monitoring). Darüber hinaus ist sie am Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG) assoziiert.
(Foto: David Ausserhofer)

teresa.voelker@wzb.eu



Quelle: eigene Datenerhebung © WZB.



Daniel Saldivia Gonzatti ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Er widmet sich der Protest- und Radikalisierungsfor- schung im Rahmen des Projekts MOTRA vor allem aus textanalytischer Perspektive. [Foto: Martina Sander]

daniel.saldivia-gonzatti@wzb.eu

Literatur

Gemeinschaftsprojekt von Universität Erfurt, Robert Koch Institut, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Leibniz-Institut für Psychologie, Science Media Center, Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin und Yale Institute for Global Health: COSMO – COVID – 19 Snapshot Monitoring. Akzeptanz aktueller Maßnahmen. 2021. Online: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/> (Stand 18.05.2021).

Koopmans, Ruud: „The Dynamics of Protest Waves: West Germany, 1965 to 1989“. In: *American Sociological Review*, 1993, Jg. 58, H. 5, S. 637–658.

Rucht, Dieter/Hocke, Peter/Ohlemacher, Thomas: *Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik Deutschland (Prodat)*. Codebuch. Discussion Paper FS III 92–103. Berlin: WZB 1992.

Tarrow, Sidney: *Democracy and Disorder: Protest and Politics in Italy 1965–75*. New York: Oxford University Press 1989.

Auffällig ist dabei, dass bei gewalttätigen Aktionsformen Aussagen zu „Verschwörung und Rassismus“ und eine „allgemeine Ablehnung der Corona-Politik“ konstant dominierten und während der drei Protestphasen mit durchschnittlich 87 Prozent den größten Teil aller gewaltförmig vorgetragenen Forderungen ausmachten. Radikale Forderungen gegenüber dem Staat scheinen somit eher von gewaltvollen Aktionsformen begleitet. In Bezug auf die Corona-Proteste 2020 kann das teilweise in der Natur der Sache liegen: Bei Protestteilnehmenden, die sich nicht an das Infektionsschutzgesetz hielten und der Exekutive misstrauten, ist der Einsatz von illegalen oder illegitimen Protestformen wie Gewalt wahrscheinlicher.

Kontrovers diskutiert wurde im Zusammenhang mit den Corona-Protesten vor allem die Querdenker-Bewegung. Unabhängig von den Forderungen deutet schon ihre öffentliche Dominanz auf eine potenzielle Radikalisierung hin. In der ersten Protestphase porträtierten die Zeitungen eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Akteur*innen hinter den bereits oben erwähnten Forderungen. Sowohl soziale Gruppen (einschließlich linker und politischer Gruppierungen und NGOs aus Bildung, Sport und Kultur), Gewerkschaften und wirtschaftliche Akteur*innen als auch das Querdenken-Spektrum (inklusive Anhänger*innen von Attila Hildmann und Corona-Rebellen) und Rechtsradikale prägten das Protestgeschehen während dieser ersten Phase. Soziale Gruppen wie zum Beispiel organisierte Schüler*innen, demokratiefördernde Vereine oder Umweltgruppen, die den Umgang mit den gesundheitlichen Corona-Maßnahmen in Schlachthöfen kritisierten, hatten während der ersten Hochphase mit 45 Prozent der Proteste mehr öffentliche Präsenz. Die Protestszene homogenisierte sich allerdings sehr stark in der zweiten und vor allem in der dritten Phase. Während der ersten Phase beteiligten sich rechtsradikale Gruppen (wie die „Reichsbürger“), Querdenken und die AfD an 39 Prozent der Protestereignisse. In der zweiten Phase stieg der Anteil dieser Gruppe an der medialen Wahrnehmung auf 79 Prozent, und in der dritten Phase dominierten sie mit 90 Prozent. Soziale Gruppen konnten oder wollten ab der zweiten Phase nicht mehr auf der Straße erfolgreich mobilisieren. Obwohl die gemeinsame Mobilisierung unterschiedlicher Protestbewegungen selten zu beobachten war, haben Querdenken-Gruppen mehrmals mit Rechtsradikalen und der AfD zusammen protestiert. Diese Beziehung stellte die stärkste Vernetzung unter den Protestakteur*innen dar, die wir beobachten konnten. Darüber hinaus waren diese radikalen Gruppen in der zweiten und dritten Phase die Einzigen, die illegal-konfrontative und gewaltförmige Aktionsformen anwandten. Zusammengefasst zeigt das, dass rechtsradikale Akteur*innen und Querdenken die Straßenmobilisation monopolisierten, die öffentliche Wahrnehmung der Protestszene prägten und das polarisierte Bild von einer aktiven radikalen Minderheit und einer nicht mobilisierten Mehrheit verstärkten.

Spezifische Forderungen zu einzelnen Maßnahmen, Rufe nach Solidarität oder einer Ausweitung der Pandemiebekämpfung wurden kaum auf die Straße getragen, obwohl diese Positionen in der Bevölkerung weit verbreitet waren. Die Straße war immer weniger von denen geprägt, die real unter den Einschränkungen durch die Corona-Politik zu leiden hatten (zum Beispiel in den Bereichen Bildung oder Wirtschaft); die größte Mobilisierungskraft ging von der „Querdenker“-Bewegung und Rechtsaußen-Gruppierungen aus. Anders als bei früheren Protestwellen in Deutschland (wie beispielsweise Pegida) fiel auch die Gegenmobilisierung gering aus.

Zu berücksichtigen ist natürlich in der Analyse, dass die Medien selbst durch die Art und Weise, wie sie die Proteste darstellen und welche teilnehmenden Gruppen und Forderungen sie in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung stellen, zur Polarisierung beitragen können. Dennoch zeigt sich eine deutliche Tendenz: Mit Beginn des Jahres 2021 scheint das öffentliche Verständnis für das Krisenmanagement der Bundes- und Landesregierungen abzunehmen. Die nächsten Wochen und Monate werden zeigen, ob die Unzufriedenheit verschiedener gesellschaftlicher Gruppen auch auf der Straße sichtbar wird. Im Moment ist offen, ob die Mobilisierungskraft der Querdenker-Bewegung weiter zunimmt und von einer weiteren Radikalisierung begleitet wird oder ob das Protestgeschehen wieder diverser und sichtbarer wird und die rechte Allianz Gegenwind bekommt.